

# FREIBERUFLER-TICKER vom 27. Oktober 2017

## 1. Politischer Abend in Brüssel

Am diesjährigen [parlamentarischen Abendessen](#) des BFB-Präsidiums in Brüssel am 16. Oktober 2017 haben rund 40 Gäste aus den europäischen Institutionen teilgenommen. Als Redner konnten BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer und seine Präsidiumskollegen EU-Kommissar Günther Oettinger und Dr. Andreas Schwab MdEP, Berichterstatter des für das Dienstleistungspaket zuständigen IMCO-Ausschusses, begrüßen.

## 2. Brüsseler Workshop zur BFB-Deregulierungsstudie

Der BFB hat am 16. Oktober 2017 in Brüssel seine Studie „Aspekte der Deregulierung bei den Freien Berufen“ [vorgestellt](#). Die Workshop-Teilnehmer kamen aus dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission sowie der OECD.

## 3. BFB und UNAPL erneuern Freundschaftsabkommen

Der BFB hat sich am 17. Oktober 2017 mit dem französischen Freiberuflerverband UNAPL in Brüssel [getroffen](#). Das bestehende Freundschaftsabkommen ist erneuert worden. Beide Organisationen wollen künftig noch mehr gemeinsam für den Erhalt der hohen Qualität der Dienstleistung werben.

## 4. Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2018

Die Europäische Kommission hat am 24. Oktober 2017 ihre Pläne für den Abschluss der Arbeiten zu den [zehn politischen Prioritäten](#) vorgestellt, die EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bis zum Ende seiner Amtszeit im Jahr 2019 verwirklichen will. Die 26 neuen Initiativen im [Arbeitsprogramm 2018](#) haben zwei Schwerpunkte: Erstens geht es um legislative Maßnahmen zur Vollendung der Arbeit in vorrangigen Politikbereichen, diese sollen bis Mai 2018 vorgelegt werden, damit das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die gesetzgeberischen Arbeiten rechtzeitig vor den Europawahlen im Juni 2019 abschließen können. Dazu zählt etwa ein Vorschlag für eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft, die Vollendung des digitalen Binnenmarkts und ein Paket zur sozialen Gerechtigkeit. Zweitens werden in dem Arbeitsprogramm längerfristig ausgerichtete, ehrgeizige Maßnahmen und Initiativen vorgestellt, welche die neue EU der 27 zur Gestaltung ihrer Zukunft bis zum Jahr 2025 und darüber hinaus nach Auffassung der EU-Kommission ergreifen sollte. Dabei geht es unter anderem um die Steigerung der Effizienz der Binnenmarkt-Rechtsetzung sowie die weitere Förderung von Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und besserer Rechtsetzung in der EU.

## 5. EU-Kommission begrüßt Zustimmung des Rates zur europäischen Säule sozialer Rechte

Auf der Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ am [23. Oktober 2017 in Luxemburg](#) haben die europäischen Minister für Beschäftigung und Soziales die europäische Säule sozialer Rechte einstimmig befürwortet. Sie soll auf dem Sozial-Gipfel in Göteborg am 17. November 2017 vom Parlament, Rat und der Europäischen Kommission proklamiert werden. Der Rat hat außerdem eine allgemeine Einigung über den Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über die Entsendung von Arbeitnehmern erzielt. Marianne Thyssen, EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, hat die Entscheidung begrüßt und erklärte: „Diese Ratstagung ist ein wichtiger Meilenstein für das soziale Europa. Die einstimmige Unterstützung für die europäische

Säule sozialer Rechte zeigt, dass alle Mitgliedstaaten sich angesichts solcher Herausforderungen wie der Alterung der Gesellschaft, der Globalisierung und der Digitalisierung für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in der ganzen Union einsetzen. Was die Einigung über die Entsendung von Arbeitnehmern angeht, so hat die Kommission von Anfang an den Grundsatz der „gleichen Entlohnung für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ vertreten. Ich freue mich über die breite Unterstützung durch die Mitgliedstaaten. Das ist fair gegenüber den entsandten Arbeitskräften, die es verdienen, unter den gleichen Bedingungen zu arbeiten, und gegenüber den örtlichen Beschäftigten und Arbeitgebern, die keinen Unterbietungswettbewerb wollen. Es zeigt, dass wir uns in Europa an einen Tisch setzen und einen Dialog führen können, der schließlich zu einer gerechten und ausgewogenen Vereinbarung führt.“

## **6. Rat zum digitalen Binnenmarkt**

Am [24. Oktober 2017](#) haben die für Telekommunikation zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten in Luxemburg über die nächsten Schritte zur Umsetzung der europäischen Strategie für einen digitalen Binnenmarkt in Europa beraten. Neben dem Ausbau der hochleistungsfähigen Breitbandnetze und der 5G-Mobilfunknetze stand auch die Internet-Sicherheit im Fokus des Treffens, welche durch das Cybersecurity-Paket der Europäischen Kommission im Europäischen Raum gestärkt werden soll.

## **7. Zwei Drittel befürworten digitale Schulbücher**

Laut einer [Umfrage](#) im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die am 24. Oktober 2017 veröffentlicht worden ist, sagen 68 Prozent der Befragten, dass Schulen mehr in digitale Schulbücher investieren sollten. Besonders verbreitet ist diese Ansicht unter den 14- bis 29-Jährigen: 77 Prozent von ihnen finden, dass die Schulen dies tun sollten. Als wichtigsten Vorteil der E-Books für die Schule sehen 65 Prozent der Befragten vor allem, dass E-Books stets auf dem aktuellen Stand sind und laufend verbessert beziehungsweise korrigiert werden können. Mehr als jeder zweite Befragte meint, dass digitale Schulbücher individuelles Lernen ermöglichen, weil Inhalte an den Lernfortschritt des einzelnen Schülers angepasst werden können. 38 Prozent sagen, dass es sich mit digitalen Schulbüchern besser lernt, da sie ein besseres Verständnis des Lerninhalts fördern. Jeder Siebte findet, dass digitale Schulbücher derzeit noch zu teuer sind.

## **8. KMU als Arbeitgeber bedeutend wie nie zuvor**

Laut dem [Mittelstandspanel 2017](#) der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vom 24. Oktober 2017 bleibt der Mittelstand in Deutschland Träger des Aufschwungs der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt. Die Umsätze der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind laut KfW im Jahr 2016 um 3,9 Prozent und damit um den höchsten Wert seit fünf Jahren gestiegen. Als Arbeitgeber sind KMU so bedeutend wie nie zuvor. Im Jahr 2016 ist die Zahl der Erwerbstätigen im Mittelstand noch einmal stark gewachsen, um 1,46 Millionen Personen, ein Plus von 4,6 Prozent. Derzeit ist die Rekordsumme von 30,9 Millionen erwerbstätigen Personen in KMU beschäftigt. Erstmals überschreitet der Anteil von KMU an der Erwerbstätigkeit die Marke von 70 Prozent und beträgt laut KfW 70,4 Prozent. Demgegenüber haben Großunternehmen und öffentlicher Sektor im Jahresvergleich zum wiederholten Mal Beschäftigung abgebaut, und zwar um 432.000 Personen.

## **9. IAB-Studie zu Arbeitsmarkthemmnissen bei Geflüchteten**

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat am 24. Oktober 2017 eine [Studie](#) veröffentlicht, die die größten Arbeitsmarkthemmnisse bei geflüchteten Menschen aufzeigt. Diese sind sprachliche Defizite und fehlende berufliche Bildungsabschlüsse. Die

Befragungsergebnisse dokumentieren eine deutliche Polarisierung bei der Bildung der Geflüchteten: Einerseits haben 24 Prozent keinen Schulabschluss, andererseits weisen 51 Prozent einen Schulabschluss auf, der mit der deutschen Fachhochschulreife oder Hochschulreife vergleichbar ist. 64 Prozent der Geflüchteten verfügen nicht über einen beruflichen Abschluss, knapp 30 Prozent besitzen jedoch einen Hochschulabschluss. Insgesamt zeigen sich zwischen Männern und Frauen keine wesentlichen Unterschiede bei der schulischen und beruflichen Bildung. Grundlage der IAB-Studie ist eine im Jahr 2016 durchgeführte Befragung von rund 500 Geflüchteten aus Syrien und dem Irak, die nach dem Abschluss ihres Asylverfahrens Arbeitslosengeld II erhalten.